

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

*Rechtsausschuss*

**2008/2237(INI)**

21.11.2008

## **STELLUNGNAHME**

des Rechtsausschusses

für den Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

zu der „Small Business Act“  
(2008/2237(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Othmar Karas

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Rechtsausschuss ersucht den federführenden Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. in der Erwägung, dass die Organe der Europäischen Union die Bedeutung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) für die europäische Wirtschaft anerkennen und ihren großen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt sowie zu Innovation, regionaler Entwicklung, Geschlechtergleichstellung und Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union immer wieder hervorheben und gerade in Zeiten der Finanzkrise verdeutlichen,
- B. in der Erwägung, dass es im Unternehmensumfeld trotz früherer Initiativen der Europäischen Union seit 2000 wenige oder kaum spürbare Verbesserungen gegeben hat,
- C. in der Erwägung, dass das Einmaligkeitsprinzip und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sowie die Rechtssicherheit für die Entwicklung der KMU entscheidend sind und Bestandteil sämtlicher Rechtsvorschriften auf europäischer und einzelstaatlicher Ebene sein sollten,
  1. fordert die Mitgliedstaaten auf, bis Ende 2009 mitzuteilen, wie und in welchem Zeitraum die Grundsätze des Prinzips "Vorfahrt für KMU" in die nationalen Regelungsrahmen überführt werden;
  2. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Fortschritte bei der Umsetzung der Grundsätze des Prinzips "Vorfahrt für KMU" verpflichtend in die jährlichen Berichte über die nationalen Reformprogramme im Rahmen der Lissabon-Strategie als neues, eigenständiges Kapitel aufzunehmen;
  3. fordert die Kommission auf, einheitliche Kriterien zu erarbeiten, wie die Fortschritte bei der Umsetzung des Prinzips "Vorfahrt für KMU" gemessen werden können;
  4. fordert die Kommission auf, Lösungswege aufzuzeigen, wie das Prinzip "Vorfahrt für KMU" als verbindlicher Bestandteil künftiger Gesetzgebung auf europäischer Ebene durchgesetzt werden kann;
  5. betont die Notwendigkeit die Folgenabschätzung bei Gesetzesvorschlägen um einen verbindlichen "KMU-Test" zu ergänzen, der einer externen, unabhängigen Bewertung unterliegt; ersucht die Kommission die Ergebnisse dieser Bewertung den gesetzgebenden Organen zugänglich zu machen;
  6. unterstützt das Vorhaben, ein Statut für eine Europäische Privatgesellschaft (EPG) festzulegen;
  7. vertritt die Auffassung, dass die Ergebnisse der Hochrangigen Gruppe im Bereich Gesellschaftsrecht/Jahresabschlüsse in die Umsetzung der Maßnahmen des Small Business Act mit einbezogen werden müssen;

8. fordert die Kommission auf, bei jeder für die KMU-relevanten Neubesetzung der Kommission eine Anhörung vor dem Europäischen Parlament zum Thema europäische KMU-Politik abzuhalten;
9. fordert die Organe der Europäischen Union auf, die Besonderheiten von KMU aus dem Bereich der freien Berufe, die auch öffentliche Aufgaben mit Gemeinwohlbezug ausüben, anzuerkennen und zu beachten.

## ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	17.11.2008
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+: 19 -: 0 0: 0
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Carlo Casini, Bert Doorn, Monica Frassoni, Giuseppe Gargani, Lidia Joanna Geringer de Oedenberg, Neena Gill, Othmar Karas, Klaus-Heiner Lehne, Antonio Masip Hidalgo, Manuel Medina Ortega, Aloyzas Sakalas, Diana Wallis, Rainer Wieland, Jaroslav Zvěřina, Tadeusz Zwiefka
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)</b>	Jean-Paul Gauzès, József Szájer, Jacques Toubon, Ieke van den Burg